

19. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Jeannette Auricht (AfD)**

vom 8. März 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. März 2024)

zum Thema:

**Sozialbetrug**

und **Antwort** vom 22. März 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. März 2024)

Frau Abgeordnete Jeannette Auricht (AfD)

über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/18533  
vom 8. März 2024  
über Sozialbetrug

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Das Erschleichen von öffentlichen Leistungen in Form von Sozialleistungsbetrug<sup>1, 2</sup> verursacht Schäden in Milliardenhöhe. Dabei soll das aus Steuergeldern finanzierte Bürgergeld den Lebensunterhalt von erwerbsfähigen Menschen sichern, die keine Arbeit finden oder von ihrem Einkommen allein nicht leben können. Medienberichten zufolge wird das Bürgergeld „von vielen“ missbraucht, „um sich Sozialleistungen zu erschleichen“.<sup>3</sup> Beziehher, die nicht mehr in Deutschland leben oder Bürgergeld unter falschen Angaben beziehen, fielen den Behörden gar nicht erst auf. So berichteten neulich mehrere Medien, darunter auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), über ein Ehepaar aus Nigeria, das rund 33.000 EUR zurückzahlen muss, weil es *seit 2014* Grundsicherungsleistungen (Bürgergeld) bezog, obwohl es sich währenddessen in Nigeria aufhielt.<sup>4</sup>

Bundesinnenministerin Faser sprach in diesem Zusammenhang von einem Einzelfall. Die Tatsache, dass das Paar aufgefliegen ist, zeige zudem, wie gut die Kontrollmechanismen funktionieren. Laut Bundesagentur für Arbeit gab es im Jahr 2023 124.693 derartiger Einzelfälle (bzw. Verfahren, die wegen des Verdachts auf Leistungsmissbrauch eingeleitet wurden).

---

<sup>1</sup> Zum Begriff „Sozialleistungsbetrug“ vgl. Definitionskatalog BKA, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) (Schlüssel 517800): „Alle durch Täuschung der vergebenden öffentlichen Stellen betrügerisch erlangten Geld- oder Sachleistungen von Sozialleistungsträgern (z. B. Wohngeld, Kindergeld); Betrug im Sinne des § 263 Strafgesetzbuch (StGB).“

<sup>2</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Sozialbetrug – Definition: Eine Person begeht Sozialbetrug und macht sich dadurch möglicherweise strafbar, wenn sie zum Beispiel zu Unrecht Sozialleistungen erhält, weil sie falsche Angaben gemacht oder wesentliche Änderungen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder verspätet mitgeteilt hat. (Auch: Leistungsmissbrauch, Leistungsbetrug, Sozialleistungsbetrug, Sozialleistungsmissbrauch.) (Zugriff: 19.02.2024.)

<sup>3</sup> „Schaden in Milliardenhöhe. Wirbel um Bürgergeld-Betrug durch Ukrainer – es ist nur die Spitze des Eisbergs. Sozialleistungsbetrug verursacht Schäden in Milliardenhöhe. Verschiedene Fälle zeigen, mit welchen Tricks sich Betrüger Bürgergeld und früher Hartz IV erschleichen. Nicht alle kommen ungeschoren davon. Einigen drohen hohe Strafen.“ / Fokus, Ausgabe v. 14.02.2024.

<sup>4</sup> Vgl.: „Grundsicherung bezogen: Paar aus Nigeria muss 33.000 Euro zurückzahlen.“ / FAZ, Ausgabe v. 19.02.2024.

Indes werden über 5.600 Verdachtsfälle von Sozialbetrug mit ukrainischen Pässen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geprüft.<sup>5, 6</sup> Die Inhaber könnten unberechtigtweise Sozialleistungen bezogen haben. Hintergrund der Verfahren sind Berichte aus den Ausländerbehörden. Dort sollen sich Personen mit kurz zuvor ausgestellten ukrainischen Pässen gemeldet haben, die jedoch nur Ungarisch sprachen und womöglich eine doppelte Staatsbürgerschaft besitzen.<sup>7</sup>

1. Sind unter den vom BAMF zu prüfenden 5.600 Fällen bzw. den Berichten aus den Ausländerbehörden auch Berliner Fälle dabei? Sofern zutreffend, wie viele?

Zu 1.:

Aus der Ukraine Geflüchtete erhalten keine Leistungen nach dem AsylbLG, sondern Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII, sofern sie im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 24 Abs. 1 AufenthG sind. Geflüchtete aus der Ukraine haben keinen Anspruch auf Erteilung eines Titels gemäß § 24 Abs. 1 AufenthG, soweit sie zumindest auch Unionsbürgerinnen oder Unionsbürger sind. Aus der Ukraine Geflüchteten mit Unionsbürgerschaft stehen demnach keine Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII zu.

Das Landesamt für Einwanderung (LEA) prüft in derartigen Fällen, ob die Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels gemäß § 24 Abs. 1 AufenthG gegeben sind. Angestoßen wird die Prüfung beim LEA, wenn dort Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine Unionsbürgerschaft besteht. Dies ist bspw. der Fall bei Vorlage eines europäischen Passes oder sonstiger Dokumente, die auf eine Unionsbürgerschaft hinweisen. Besteht eine Unionsbürgerschaft, scheidet die Erteilung eines Aufenthaltstitels gemäß § 24 Abs. 1 AufenthG aus. Entsprechende Anträge werden in der Folge dann vom LEA abgelehnt. Eine statistische Erfassung von „Verdachtsfällen“ erfolgt seitens des LEA nicht.

2. Wie stellt sich nach Kenntnis des Senats die Entwicklung des Sozialleistungsbetrugs in Berlin im Zeitraum 2018 bis 2024 dar – bezogen auf das Gesamt-Kriminalitätsaufkommen in Berlin sowie im bundesweiten Vergleich?

Zu 2.:

Die Daten zum Sozialleistungsbetrug im Sinne der Fragestellung können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Anzahl Fälle Sozialleistungsbetrug auf Bundesebene	14.869	13.232	11.713	11.726	9.868	noch nicht bekannt (PKS Bund)

<sup>5</sup> „Bundesamt prüft Verdacht auf Sozialbetrug mit ukrainischen Pässen.“ / zeit.de, 23.02.2024.

<sup>6</sup> „Sozialbetrug mit ukrainischen Pässen – Tausende Verdachtsfälle“. / www.welt .de, 23.02.2024.

<sup>7</sup> „Zweifel an Staatsangehörigkeit ukrainischer Flüchtlinge – Tausende Verdachtsfälle auf Sozialbetrug“/DER SPIEGEL 9/2024, 23.02.2024.

						wird am 8.4.24 veröffentli cht)
Anzahl Fälle Sozialleistungsbetrug in PKS Berlin	948	1.129	820	603	604	592
Anteil der Fälle Sozialleistungsbetrug am Gesamt- fallzahlenaufkommen der PKS Berlin	0,19%	0,22 %	0,16%	0,13%	0,12%	0,11 %

Quelle: PKS, Stand: 18. März 2024

3. Wie viele Fälle von Sozialleistungsbetrug oder Verdacht auf Sozialleistungsbetrug wurden seit 2018 (jährlich) in Berlin dokumentiert? (Sofern möglich, bitte differenziert nach Art der Sozialleistung/Sozialgesetzbüchern (SGB) aufschlüsseln.)

Zu 3.:

Die in der nachstehenden Tabelle abgebildeten Daten und Angaben wurden von den zuständigen Sozialämtern geliefert:

Bezirk	Antwort			
Charlottenburg- Wilmersdorf	Eine Beantwortung konnte aufgrund der Kurzfristigkeit nicht erfolgen.			
Friedrichshain- Kreuzberg	Eine Beantwortung konnte aufgrund der Kurzfristigkeit nicht erfolgen.			
Lichtenberg	Antwort:			
	Jahr	dokument. Vorgänge	Norm	
	2018	38	SGB XII 14 AsylbLG2 BAföG	19
			AFBG	3
	2019	53	SGB XII 33 AsylbLG1 BAföG	18
			AFBG	1
	2020	63	SGB XII 42 AsylbLG8 BAföG	11
			AFBG	2
	2021	44	SGB XII 34 AsylbLG4 BAföG	5
			AFBG	1
	2022	33	SGB XII 29 AsylbLG2 BAföG	1
			AFBG	1

	2023	39	SGB XII 38 AsylbLG1					
	2024	5	SGB XII 5					
Marzahn-Hellersdorf	Keine Beantwortung erfolgt							
Mitte	<p>In den Bereichen Grundsicherung/Hilfe zum Lebensunterhalt und Soziale Wohnhilfe/Asylbewerberleistungsgesetz werden hierzu keine statistischen Daten erfasst und nachgehalten. Grundsätzlich werden in Verdachtsfällen Ermittlungen eingeleitet und die Rechtmäßigkeit von Leistungsgewährungen überprüft. Im Falle der Feststellung einer zu Unrecht erbrachten Leistung, wird diese von der/dem Leistungsempfangenden zurückgefordert.</p> <p>Im Bereich der Hilfe zur Pflege werden seitens des Amtes für Soziales Mitte im Rahmen einer gesonderten Missbrauchsbekämpfung Daten erhoben und halbjährlich zur Auswertung an die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege weitergeleitet.</p> <p>In der zur Beantwortung der Fragen zur Verfügung gestellten sehr kurzen Bearbeitungszeit ist keine eigene Auswertung für den geforderten Zeitraum möglich. Bei weitergehendem Interesse steht der Bereich Qualitätssicherung/Risiko-management für weitere Auskünfte zur Verfügung.</p> <p>Im Zusammenhang mit Sozialleistungsbetrug liegen dem Rechtsamt Mitte keine Vorgänge vor.</p>							
Neukölln	Fehlanzeige							
Pankow	Hierzu erfolgt keine statistische Erfassung. Eine Beantwortung ist daher nicht möglich.							
Reinickendorf		2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII)	1					1	
	Leistungen der Hilfe zur Pflege (SGB XII)	29	44	23	7	36	59	9
Spandau	Es liegen keine Informationen zur Dokumentation vor.							
Steglitz-Zehlendorf	In Steglitz-Zehlendorf gab es einen Fall, bei welchem versucht wurde, höhere Leistungen nach dem AsylbLG zu erlangen. Dabei handelt es sich zwangsläufig nur um einen Verdachtsfall, da das Verfahren wegen zu erwartender Strafen aufgrund anderer Straftaten eingestellt wurde.							
Tempelhof-Schöneberg	Eine statistische Erfassung von Fällen des Sozialleistungsbetrugs im Rahmen des SGB XII und des AsylbLG erfolgt nicht.							
Treptow-Köpenick	Die erbetenen Informationen können mangels entsprechender Datenerfassung nicht erteilt werden.							

4. Wie viele Fälle von Sozialleistungsbetrug im Bereich der Grundsicherungsleistungen (Bürgergeld) konnten seit dem Jahr 2018 (jährlich) festgestellt werden?

Zu 4.:

Eine weitere Aufgliederung der in der Beantwortung zu Frage 2 dargestellten Fallzahlen ist nicht möglich.

5. In wie vielen der Fälle von Sozialleistungsbetrug oder Verdacht auf Sozialleistungsbetrug ging es um sogenannte Großfälle bzw. um organisierten/gewerbsmäßigen Sozialleistungsbetrug?

Zu 5.:

Seitens der Polizei Berlin erfolgt keine statistische Erfassung im Sinne der Fragestellung. Die nachfolgenden Daten und Angaben basieren auf Zulieferungen der zuständigen Sozialämter.

Bezirk	Antwort
Charlottenburg-Wilmersdorf	Eine Beantwortung konnte aufgrund der Kurzfristigkeit nicht erfolgen.
Friedrichshain-Kreuzberg	Eine Beantwortung konnte aufgrund der Kurzfristigkeit nicht erfolgen.
Lichtenberg	In 15 Fällen (2018 – 2023) besteht der Verdacht des org./gewerbsm. Sozialleistungsmisbrauchs.
Marzahn-Hellersdorf	keine Beantwortung erfolgt
Mitte	s. Antwort zu Frage 3.
Neukölln	Fehlanzeige
Pankow	Hierzu erfolgt keine statistische Erfassung. Eine Beantwortung ist daher nicht möglich.
Reinickendorf	Bei den Fällen Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt 0 Fälle.  Bei den Fällen Leistungen der Hilfe zur Pflege ist grundsätzlich von organisierten bzw. gewerbsmäßigen Sozialhilfebetrug auszugehen, also 207 Fälle.
Spandau	Es liegt keine Definition zu Großfällen vor, daher kann keine nähere Angabe getroffen werden.
Steglitz-Zehlendorf	Im Bezirk sind keine Fälle bekannt.
Tempelhof-Schöneberg	Derartige Fälle sind dem Amt nicht bekannt.
Treptow-Köpenick	Die erbetenen Informationen können mangels entsprechender Datenerfassung nicht erteilt werden.

6. Wie hoch sind die erlangten Vermögensvorteile bzw. die Schadenssummen infolge von unrechtmäßigem Bezug von Sozialleistungen – insgesamt sowie gesondert nach Art der Sozialleistung (beispielsweise im Bereich des SGB II Grundsicherung für Arbeitssuchende/Hartz-IV/Bürgergeld)?

Zu 6.:

Eine Aufschlüsselung nach Art der Leistung erfolgt in der Polizei Berlin nicht. Die erfragten Gesamtsummen sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Schadensbetrag in Euro	4.549.177	7.980.271	3.740.056	3.070.414	2.155.631	1.728.452

Quelle: PKS, Stand: 18. März 2024

7. Wie viele Straf- und Bußgeldverfahren<sup>8</sup> wegen Sozialleistungsbetrugs wurden seit 2018 (jährlich) eingeleitet?

Zu 7.:

Die nachfolgenden Daten und Angaben basieren auf Zulieferungen der zuständigen Sozialämter.

Bezirk	Antwort																								
Charlottenburg-Wilmersdorf	Eine Beantwortung konnte aufgrund der Kurzfristigkeit nicht erfolgen.																								
Friedrichshain-Kreuzberg	Eine Beantwortung konnte aufgrund der Kurzfristigkeit nicht erfolgen.																								
Lichtenberg	Antwort: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th> <th>eingeleitete Strafverfahren</th> <th>eingeleitete Bußgeldverfahren</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>2018</td> <td>26</td> <td>10</td> </tr> <tr> <td>2019</td> <td>44</td> <td>10</td> </tr> <tr> <td>2020</td> <td>38</td> <td></td> </tr> <tr> <td>2021</td> <td>23</td> <td></td> </tr> <tr> <td>2022</td> <td>10</td> <td></td> </tr> <tr> <td>2023</td> <td>5</td> <td></td> </tr> <tr> <td>2024</td> <td>1</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Jahr	eingeleitete Strafverfahren	eingeleitete Bußgeldverfahren	2018	26	10	2019	44	10	2020	38		2021	23		2022	10		2023	5		2024	1	
Jahr	eingeleitete Strafverfahren	eingeleitete Bußgeldverfahren																							
2018	26	10																							
2019	44	10																							
2020	38																								
2021	23																								
2022	10																								
2023	5																								
2024	1																								
Marzahn-Hellersdorf	2018: 7 2019: 13 2020: 7 2021: 14 2022: 5* 2023: 10* 2023: 2*  *Im Zeitraum 2022 bis dato sind noch nicht alle Vorgänge abschließend geprüft.																								
Mitte	s. Antwort zu Frage 3.																								
Neukölln	Fehlanzeige																								
Pankow	Hierzu erfolgt keine statistische Erfassung. Eine Beantwortung ist daher nicht möglich.																								
Reinickendorf	In Absprache mit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden, insbesondere dem LKA, wurden wie folgt Strafverfahren eingeleitet: <table border="1"> <thead> <tr> <th>In den Fällen von:</th> <th>2018</th> <th>2019</th> <th>2020</th> <th>2021</th> <th>2022</th> <th>2023</th> <th>2024</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	In den Fällen von:	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024																
In den Fällen von:	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024																		

<sup>8</sup> Sofern der Tatbestand des Betrugs nicht erfüllt ist und eine Ordnungswidrigkeit vorliegt.

	Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt	1	0	0	0	0	1	0
	Leistungen der Hilfe zur Pflege	1	3	0	0	0	0	0
	Aus verwaltungsökonomischen Gründen wurden im Bereich des Sozialleistungsbetrugs von Leistungen der Hilfe zur Pflege seit 2020 die Schadenssummen im Rahmen von zivilgerichtlichen Verfahren zurückgefordert.							
Spandau	Im Jahr 2018 wurden insgesamt drei Strafanzeigen gestellt.							
Steglitz-Zehlendorf	Im gesamten Zeitraum 2018 bis 2024 wurde nur der unter Frage 3 genannte Fall eingeleitet.							
Tempelhof-Schöneberg	Es sind folgende Strafanzeigen gegen Bürger und Bürgerinnen eingeleitet worden:  Jahr Anzahl 2018 0 2019 2 2020 1 2021 2 2022 1 2023 1							
Treptow-Köpenick	Die erbetenen Informationen können mangels entsprechender Datenerfassung nicht erteilt werden.							

8. Wie hoch ist die Zahl der Täter, die im Zeitraum 2018 bis 2024 Sozialleistungsbetrag begangen haben? (Bitte um jährliche Angaben.)

Zu 8.:

Die erfragten Daten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr	tatverdächtige Personen (TV)
2018	1002
2019	1130
2020	833
2021	629
2022	582
2023	562

Quelle: PKS, Stand: 18. März 2024

9. Wie lassen sich die Angaben zum Sozialleistungsbetrag differenziert nach Geschlechterverteilung, Altersstruktur sowie nach der Anzahl deutscher/nichtdeutscher Tatverdächtiger und sich erlaubt aufhaltender Asylbewerber für den Zeitraum 2018 bis 2024 aufschlüsseln?

Zu 9.:

Die erfragten Daten können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:



ermittelte TV im Jahr 2018								
	TV gesamt		deutsche TV		nicht-deutsche TV		Asylbewerbende	
	männlich (m)	weiblich (w)	m	w	m	w	m	w
jugendliche Person	7	1	4	0	3	1	1	0
heranwachsende Person	33	16	9	4	24	12	5	0
erwachsene Person ab 21 Jahre	548	397	221	177	327	220	20	7
gesamt	588	414	234	181	354	233	26	7

Quelle: PKS, Stand: 18. März 2024

ermittelte TV im Jahr 2019								
	TV gesamt		deutsche TV		nicht-deutsche TV		Asylbewerbende	
	m	w	m	w	m	w	m	w
jugendliche Person	5	1	0	1	5	0	1	0
heranwachsende Person	37	17	14	8	23	9	4	1
erwachsene Person ab 21 Jahre	665	405	254	191	411	214	19	7
gesamt	707	423	268	200	439	223	24	8

Quelle: PKS, Stand: 18. März 2024

ermittelte TV im Jahr 2020								
	TV gesamt		deutsche TV		nicht-deutsche TV		Asylbewerbende	
	m	w	m	w	m	w	m	w
jugendliche Person	2	2	0	2	2	0	1	0
heranwachsende Person	27	16	11	13	16	3	1	0
erwachsene Person ab 21 Jahre	482	304	221	163	261	141	18	6
gesamt	511	322	232	178	279	144	20	6

Quelle: PKS, Stand: 18. März 2024

ermittelte TV im Jahr 2021								
	TV gesamt		deutsche TV		nicht-deutsche TV		Asylbewerbende	
	m	w	m	w	m	w	m	w
jugendliche Person	1	1	1	0	0	1	0	0
heranwachsende Person	11	15	6	7	5	8	0	0
erwachsene Person ab 21 Jahre	348	253	170	144	178	109	3	1
gesamt	360	269	177	151	183	118	3	1

Quelle: PKS, Stand: 18. März 2024

ermittelte TV im Jahr 2022								
	TV gesamt		deutsche TV		nicht-deutsche TV		Asylbewerbende	
	m	w	m	w	m	w	m	w
jugendliche Person	1	2	1	2	0	0	0	0
heranwachsende Person	7	11	5	8	2	3	0	0
erwachsene Person ab 21Jahre	333	228	168	131	165	97	4	0
gesamt	341	241	174	141	167	100	4	0

Quelle: PKS, Stand: 18. März 2024

ermittelte TV im Jahr 2023								
	TV gesamt		deutsche TV		nicht-deutsche TV		Asylbewerbende	
	m	w	m	w	m	w	m	w
jugendliche Person	1	1	0	1	1	0	0	0
heranwachsende Person	11	8	7	7	4	1	0	0
erwachsene Person ab 21 Jahre	324	217	187	130	137	87	2	0
gesamt	336	226	194	138	142	88	2	0

Quelle: PKS, Stand: 18. März 2024

Berlin, den 22. März 2024

In Vertretung

Christian Hochgrebe  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport